

**An die Vorsitzende des  
Sozial- und Gesundheitsausschusses**

## Anfrage

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
<b>Sozial- und Gesundheitsausschuss</b>	10.01.2012	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes):

**Bildungs- und Teilhabepaket (Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE vom 29.12.2011)**

**Text der Anfrage:**

Wie viel Geld hat die Stadt Bielefeld im Jahr 2011 für Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten, wie viel Geld ist davon bei den Berechtigten angekommen und wie viel Geld ist bei der Stadt verblieben (ohne die gesonderten Personalkosten-Zuschüsse für die Umsetzung)?

**Zusatzfragen:**

Werden nicht verausgabte Gelder noch für Berechtigte nach dem BuT direkt verwendet oder ist geplant, mit diesen Geldern den städtischen Haushalt (teilweise) zu sanieren?

Wie viele Anträge hätten für die Teilpakete „Persönlicher Schulbedarf“ (ohne die Kinder, bei denen dies automatisch berücksichtigt wird), „Mittagessen“ und „Teilhabeleistungen“ - jeweils im Jahr 2011 maximal gestellt werden können und wie viele Anträge wurden jeweils tatsächlich (prozentual) gestellt? Wenn keine exakten Zahlen vorliegen sollten, schätzen sie die Zahlen bitte ab. Bei den Teilhabeleistungen genügt die Vereinfachung, dass pro Kind nur eine Leistung im Wert von bis zu 10 Euro pro Monat beantragt wird.

**Begründung:**

Im Jahr 2011 wurden die Zuschüsse vom Bund an die Kommunen für das BuT pauschal – also unabhängig von der Beantragung – gegeben. DIE LINKE hatte schon im Sommer 2011 befürchtet, dass wegen der Komplexität und des hohen bürokratischen Aufwandes für Berechtigte und Verwaltung ein großer Anteil der Gelder nicht bei den Berechtigten ankommen wird.

Die Verwaltung dagegen hatte den SGA über den Beschluss des Jobcenters Bielefeld informiert, dass das Jobcenter nicht alle Berechtigten schriftlich informieren wird. Zudem haben alle anderen Fraktionen des SGA im Juni 2011 den Antrag der LINKEN auf schriftliches Informieren aller

BuT-Berechtigten abgelehnt.

Auch für die Zukunft ist zu befürchten, dass unzureichendes Informieren dazu führt, dass viele Kinder keine Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepakt erhalten werden - in den Kinderregelbedarfen fehlt Geld für Bildung gänzlich.

Unterschrift:

Gez.

Dr. Dirk Schmitz  
(Ratsfraktion DIE LINKE)